AUS DEN VERBÄNDEN

Hebammen: Klinikleitungen und die Politik müssen handeln

Die Arbeitsbedingungen für Hebammen in Kliniken müssen sich dringend verbessern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Hebammenverbandes e.V. (DHV). Befragt wurden hierzu angestellte Klinikhebammen.

Die repräsentative Umfrage zeichne ein alarmierendes Bild der Situation der angestellten Klinikhebammen, mahnt der DHV: Überstunden, keine Pausen und die Betreuung von oft mehr als drei Geburten gleichzeitig, dazu immer mehr fachfremde Zusatzaufgaben. So sind das Putzen der Räume und Gerätschaften oder Telefondienste für viele Hebammen an der Tagesordnung. Das führe nicht nur dazu, dass über 70 Prozent aller Hebammen nur noch in Teilzeit in den Kliniken arbeiten und jede fünfte Hebammenstelle in den Krankenhäusern nicht mehr besetzt werden könne. Gleichzeitig sei dadurch auch eine gute geburtshilfliche Versorgung der Schwangeren in Gefahr. „Eine qualitativ gute und interventionsarme Geburtshilfe ist nur mit ausreichend Personal und mit für die Hebammen guten Arbeitsbedingungen möglich“, heißt es seitens des DHV weiter.

www.hebammenverband.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.heilberufe.de

PSG II in stationären Pflegeeinrichtungen

Altenpflege braucht mehr Personal

Bereits im Jahr 2016 muss die Personalausstattung in der stationären Pflege in der Menge als auch qualitativ verbessert werden. Andernfalls können die mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff versprochenen Leistungsverbesserungen nicht gehalten werden.

Klar und deutlich hat sich der Präsident des Deutschen Pflegerats, Andreas Westerfellhaus, zur Personalausstattung in der stationären Pflege geäußert: „Auf Landesebene müssen (...) die Personalschlüssel der stationären Pflege umgehend angepasst werden. Wir benötigen mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Pflicht stehen die Vertragspartner der Pflegekassen, Sozialhilfeträger und der Verbände der Leistungserbringer. Weiter wünschen wir uns, dass das für Mitte 2020 geplante wissenschaftlich abgesicherte Verfahren zur Personalbedarfsbemessung in der stationären Pflege bereits in diesem Jahr zeitnah und intensiv begonnen wird. Ziel muss es sein, dass die Ergebnisse weit vor dem Jahr 2020 vorliegen.“

Positionspapier des Bundesministeriums

„Um eine gute Pflege gewährleisten zu können, braucht es genügend Pflegepersonal. Darum sind es ernste Warnsignale, wenn unsere Pflegekräfte zunehmend über Arbeitsverdichtung, eine zu hohe Arbeitsintensität und Berufsfucht klagen“, mahnt der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, jetzt in einem Positionspapier seines Hauses zur Umsetzung des zweiten Pflegestärkungsgesetzes.

In diesem heißt es: „In der stationären Pflege werden gerade auch an Demenz erkrankte Pflegebedürftige von der neuen Begutachtungssystematik profitieren. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff er-

fordert dort neue Konzepte für die Pflege – der höhere Personalaufwand, der damit in aller Regel einhergeht, ist zukünftig selbstverständlich auch in den Personalschlüsseln abzubilden“.

Neue Personalschlüssel

„Im Klartext“, so der Pflegebevollmächtigte weiter, bedeute das: „Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff werden wir mehr Personal in unseren Pflegeheimen brauchen. Denn Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz können im Sinne der Pflegereform meiner Meinung nach nur dann besser versorgt werden, wenn es mit der Überleitung auch zu Verbesserungen bei der Personalausstattung in den stationären Einrichtungen kommt.“

Laumann erwartet „daher von allen Vereinbarungspartnern auf Landesebene, die bisherigen Personalschlüssel in den Landesrahmenverträgen als veraltet anzusehen. Jetzt müssen neue, angemessene Personalschlüssel vereinbart werden, die dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff entsprechen“. Geld für mehr Leistungen – und damit auch für mehr Personal – sei vorhanden. Dieses müsse „da ankommen, wo es benötigt wird: bei den Pflegebedürftigen und den Pflegekräften“.

www.patientenbeauftragter.de